

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 19. März 1986
am Donnerstag, dem 20. März 1986

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Borgmann (DIE GRÜNEN)	76, 77	Paterna (SPD)	58, 59
Dr. Ehmke (Bonn) (SPD)	80, 81	Pauli (SPD)	34, 35
Ewen (SPD)	13, 14	Peter (Kassel) (SPD)	62, 63
Fiebig (SPD)	42, 43	Pöppl (CDU/CSU)	55, 56
Frau Fuchs (Verl) (SPD)	32, 33	Reschke (SPD)	15, 52
Gerstl (Passau) (SPD)	22	Rusche (DIE GRÜNEN)	39, 40
Gilges (SPD)	87, 88	Dr. Scheer (SPD)	26, 27
Grünbeck (FDP)	51, 86	Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	10, 11
Grunenberg (SPD)	68	Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	53, 54
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	74, 75	Dr. Sperling (SPD)	66, 67
Heistermann (SPD)	23, 24	Steiner (SPD)	31
Dr. Hirsch (FDP)	3, 4	Stiegler (SPD)	8, 36
Horn (SPD)	29, 30	Tatge (DIE GRÜNEN)	18, 19
Dr. Hupka (CDU/CSU)	9, 84	Verheugen (SPD)	72, 73
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	82, 83	Vogel (München) (DIE GRÜNEN)	37, 38
Jaunich (SPD)	44, 45	Voigt (Frankfurt) (SPD)	20, 21
Jungmann (SPD)	28	Volmer (DIE GRÜNEN)	78, 79
Kirschner (SPD)	16, 17	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	41, 85
Klose (SPD)	49, 50	Werner (Dierstorf) (DIE GRÜNEN)	12, 47
Kolbow (SPD)	7	Werner (Westerland) (DIE GRÜNEN)	64, 65
Dr. Kübler (SPD)	69, 70	Frau Weyel (SPD)	46
Kuhlwein (SPD)	89, 90	Wiefel (SPD)	25
Lennartz (SPD)	71	Dr. de With (SPD)	1, 2
Liedtke (SPD)	60, 61	Wittmann (Tännesberg) (CDU/CSU)	57
Lowack (CDU/CSU)	48	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	5, 6

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	15

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die in der Bild-Zeitung vom 3. März 1986 wiedergegebenen Äußerungen zum Ermittlungsverfahren gegen den Bundeskanzler des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Justiz, Erhard, eine vorweggenommene Beweiswürdigung darstellen und geeignet sind, die Arbeit der Staatsanwaltschaft in unzulässiger Weise zu behindern?
2. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)

Hält die Bundesregierung in diesem Zusammenhang an ihrer Auffassung fest, die sie im Bericht „Öffentliche Vorverurteilung“ und „fairer Verfahren“ (Drucksache 10/4608 S. 32) zum Ausdruck gebracht hat, daß öffentliche Äußerungen, die „eine erst aufzuklärende Tat bagatellisieren oder gar negieren, eine nicht leicht zu nehmende Gefährdung darstellen können“?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

3. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)

Ist es zutreffend, daß die Finanzverwaltung bisher eine datenschutzrechtliche Prüfung der aus Steuerstraß- und Bußgeldverfahren stammenden Zolldatei INZOLL verweigert hat, obwohl diese Daten nach § 30 Abs. 4 Ziffer 4 Abgabenordnung für die allgemeine Strafverfolgung zur Verfügung stehen?
4. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)

Ist es zutreffend, daß der Zoll Daten für die polizeiliche Rauschgiftdatei FDR liefert und eingeben läßt, sich aber weigert, die Richtigkeit der Speicherungen datenschutzrechtlich prüfen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

5. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die öffentliche Erklärung des bayerischen Wirtschaftsministers Jaumann (CSU), daß sich die CDU/CSU-geführten Bundesländer nicht mehr an den „15-Jahre-Kohleverstromungsvertrag“ gebunden fühlen?
6. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Drohung der CDU/CSU-regierten Bundesländer, die Erhöhung der Ausgleichsabgabe zu verhindern, und welche rechtlichen Möglichkeiten, um das durchzusetzen, haben die CDU/CSU-Wirtschaftsminister?

7. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)
- Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über die Beteiligung bundesdeutscher Firmen an der Ausschreibung für Architekturstudien der Phase II des SDI-Programms, die sich auf die europäische Raketenabwehr beziehen?
8. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Treffen Hinweise zu, wonach das Bundesministerium für Wirtschaft die übergeordneten Schwerpunkte im Zonenrandgebiet (Subventionswert 25 v. H.) im Zuge der beabsichtigten Reform der Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ abschaffen will, und wie rechtfertigt die Bundesregierung eine solche Benachteiligung des Zonenrandgebiets und des bayerischen Grenzlandes?
9. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die Mitteilung bestätigen, daß die Volksrepublik Polen „der Bundesrepublik Deutschland 10,5 Milliarden DM schuldet“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. März 1986), oder ist die Mitteilung vom 23. Oktober 1985 (Plenarprotokoll 10/167) richtig, daß sich die Zahlungsverpflichtungen der Volksrepublik Polen auf 7,3 Milliarden DM belaufen, wozu noch 390 Millionen DM Zinsverpflichtungen hinzuzuzählen seien?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

10. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß auch im Jahre 1985 wieder im bedenklichen Umfange Bienenvölker in der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich Berlin [West]) von der Varroase befallen wurden und dadurch in nicht unerheblichem Maße den Imkern und der Volkswirtschaft Schaden zugefügt wurde?
11. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die durch die Varroamilbe verursachte Bienenseuche auch aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland (einschließlich Berlin [West]) übertragen wurde, wenn ja, welche Vereinbarungen sind mit der DDR über gemeinsame wirksame Bekämpfungsmethoden getroffen worden?
12. Abgeordneter
Werner
(Dierstorf)
(DIE GRÜNEN)
- Was meint der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Kiechle, konkret, wenn er auf die Frage, was ein Bauer als Frührentner macht, antwortet, daß „er . . . Heu machen, Futtergetreide anbauen (kann), aber eben darauf verzichten muß, intensiv zu düngen“, und wie will er die Einhaltung einer solchen Bewirtschaftung sicherstellen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

- | | |
|---|---|
| 13. Abgeordneter
Ewen
(SPD) | Trifft es zu, daß die Inanspruchnahme des § 105 c AFG zu Nachteilen führen kann, und wenn ja, zu welchen? |
| 14. Abgeordneter
Ewen
(SPD) | Werden ältere Arbeitslose vor der Inanspruchnahme des § 105 c AFG in den Arbeitsämtern so beraten, daß auch mögliche Nachteile, die sich aus der individuellen Sicht ergeben, berücksichtigt werden? |
| 15. Abgeordneter
Reschke
(SPD) | Stimmt die Berechnung der Zeitschrift „Impulse“ in ihrer Ausgabe Nr. 3/86, S. 24 ff., daß die geplanten Änderungen des Ladenschlußgesetzes bundesweit nur auf 240 Händler zutreffen, sofern alle Bundesländer von der Neuregelung Gebrauch machen, und welche Bundesländer haben bisher Verzicht auf Anwendung der erweiterten Regelungen zum Ladenschlußgesetz signalisiert? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- | | |
|--|--|
| 16. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die in der Ausgabe vom 12. Dezember 1985 im „Gränzbote“-Tuttligen wiedergegebene Äußerung eines Telefongesprächs eines Redakteurs mit dem Kommandeur der 10. Panzerdivision, wonach dieser sagte: „Es ist keine Frage, daß die gegenwärtige NATO-Doktrin den Atomwaffeneinsatz vorsieht, auch den Erstschlag.“? |
| 17. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Wie definiert die Bundesregierung diese Aussage im Rahmen der NATO-Doktrin? |
| 18. Abgeordneter
Tatge
(DIE GRÜNEN) | Zu welchem Zeitpunkt sieht sich die Bundesregierung in der Lage, Angaben über Ablauf und Ursache durch Tieflugabstürze in der Pfalz zu machen, da der Bundesminister der Verteidigung sich in dem Schreiben vom 3. März 1986 in der Beantwortung der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Tatge, Lange und der Fraktion DIE GRÜNEN (Drucksache 10/5142) nicht in der Lage gesehen hat, genauere Angaben zu machen? |
| 19. Abgeordneter
Tatge
(DIE GRÜNEN) | Ist der Bundesminister der Verteidigung bereit, sofort nach Abschluß der Untersuchungen der Unfälle und nach vorliegenden Angaben über Ablauf und Ursache der Unfälle den Abgeordneten Tatge umfassend zu informieren? |

20. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD)
- Gibt es Beschlüsse der Bundesregierung oder des Bundessicherheitsrates, mit Vorstudien, Forschungs- oder Entwicklungsarbeiten für eine taktische Raketenabwehr zu beginnen oder sich daran zu beteiligen, und wenn ja, von wann datieren solche Beschlüsse?
21. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD)
- Gibt es in der NATO Beschlüsse, mit Vorstudien, Forschungs- oder Entwicklungsarbeiten für eine taktische Raketenabwehr in Europa zu beginnen, und in welcher Weise wurden solche Beschlüsse gegebenenfalls umgesetzt?
22. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD)
- Seit wann wurde die Bundesregierung von der amerikanischen Regierung über das amerikanische ATM-Programm informiert?
23. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Welche sowjetischen ballistischen und anderen Flugkörper sollen durch das amerikanische ATM-Programm bekämpft werden können?
24. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung die Erkenntnisse der im Rahmen des Bundeshaushalts 1985 bei einem amerikanischen Institut bestellten Gutachten zur „Bewertung der Realisierbarkeit eines Systems zur Abwehr ballistischer, taktischer Raketen in Mitteleuropa einschließlich der Bewertung der Wirksamkeit eines solchen Systems“ vor und gegebenenfalls seit wann?
25. Abgeordneter
Wiefel
(SPD)
- Wann und in welcher Form hat die Bundesregierung die parlamentarischen Gremien über die von der amerikanischen Regierung erhaltenen Informationen und über den Stand ihrer Überlegungen zur taktischen Raketenabwehr informiert?
26. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die von Bundesminister Dr. Wörner in einem Presseartikel am 28. Februar 1986 in der ZEIT geäußerte Auffassung, „daß ABM-Vertrag und Flugkörperabwehr in Europa nichts miteinander zu tun haben“?
27. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit eines europäischen Verteidigungssystems oder eines taktischen Raketenabwehrsystems zum militärischen Punktschutz für den Fall, daß im Rahmen einer amerikanischen-sowjetischen Vereinbarung die atomaren Mittel- und Kurzstreckensysteme aus Europa ganz abgezogen würden?
28. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Würzbach in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 16. Januar 1986 (Plenarprotokoll 10/187) bestätigen, wonach die Entwicklung von PATRIOT-

Raketen mit einer Abwehrfähigkeit gegen sowjetische SS 21 und SS 23 „möglicherweise gegen Ende dieses Jahrzehnts in die Praxis umgesetzt werden“ könnte?

29. Abgeordneter
Horn
(SPD)

Wie viele Offiziere haben bisher Antrag auf frühzeitige Entlassung nach dem „Gesetz zur Verbesserung der Personalstruktur in den Streitkräften“ gestellt?

30. Abgeordneter
Horn
(SPD)

Welche einzelnen Entwicklungsarbeiten sind nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen des amerikanischen ATM-Programms in Angriff genommen worden, und wie ist der Stand dieser Entwicklungsarbeiten?

31. Abgeordneter
Steiner
(SPD)

In welcher Höhe beabsichtigt die Bundesregierung, Haushaltsmittel für die Entwicklung eines Systems zur Abwehr taktischer, ballistischer und anderer Flugkörper in den Bundeshaushalt 1987 einzustellen?

32. Abgeordnete
Frau Fuchs
(Verl)
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, die Bundesrepublik Deutschland solle sich die Ergänzung des SDI-Programms der Amerikaner zur Aufgabe machen und Abwehrsysteme gegen all diejenigen Bedrohungen aus der Luft entwickeln, die von der Strategischen Verteidigungsinitiative nicht abgedeckt werden, dies gelte insbesondere für Kurz- und Mittelstreckenraketen und Cruise-Missiles?

33. Abgeordnete
Frau Fuchs
(Verl)
(SPD)

Welche sowjetischen ballistischen und anderen Flugkörper sind es im einzelnen, die nach Auffassung der Bundesregierung im Rahmen der von Bundesminister Dr. Wörner vorgeschlagenen „erweiterten Luftabwehr“ abgewehrt werden sollen?

34. Abgeordneter
Pauli
(SPD)

Wie erklärt sich die Bundesregierung den Widerspruch zwischen der Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 12. März 1986 und der Aussage des damaligen Leiters des ES-Referates vor dem 1. Untersuchungsausschuß der 5. Wahlperiode des Deutschen Bundestages am 18. Juni 1968 (Plenarprotokoll 10/187), als dieser erklärte: „Teile der MAD-Gruppe S unterliegen meiner Fachaufsicht.“?

35. Abgeordneter
Pauli
(SPD)

Welche konkreten Aufgaben hatten jene Teile der MAD-Gruppe S, die der Fachaufsicht des damaligen Leiters des ES-Referates und heutigen Hauptabteilungsleiters Rüstung unterlagen?

36. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Nach welcher Vorschrift des Grundgesetzes rechtfertigt die Bundesregierung die Gestellung von Sanitätspanzern M 113 (SPz 10) einschließlich von Soldaten als Kraftfahrer „im Wege der Amtshilfe“ bei Demonstrationen auf Anforderung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, und wird sie den entsprechenden Standortbefehl 1/83 des Verteidigungskreiskommandos 621 in der Fassung vom 10. Januar 1983 trotz der einschränkenden Bestimmungen der Artikel 35 und 91 des Grundgesetzes so aufrechterhalten?
37. Abgeordneter
Vogel
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zu dem Befehl 1/83 des Verteidigungskreiskommandos 621 Amberg (StaÄ AZ. 12/01/00) vom 10. Januar 1983, der besagt, daß auch Sanitätspanzer M 113 der Bundeswehr zur Bergung Verletzter bei schwerster Gewaltkriminalität und bei Demonstrationen angefordert werden können, und welche Folgerungen resultieren aus diesem Befehl für die Einheiten der Bundeswehr im Zusammenhang mit der Demonstration in Wackersdorf?
38. Abgeordneter
Vogel
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß über diesen Befehl eine generelle Absprache zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und der bayerischen Staatsregierung besteht?
39. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Welches sexuelle Verhalten kann nach Ansicht des Bundesministeriums der Verteidigung zu einer Erpressung führen, wenn es anstelle „abnorme Veranlagung auf sexuellem Gebiet“ jetzt bei der Beschreibung eines Sicherheitsrisikos „sexuelles Verhalten, das zu einer Erpressung führen kann“ heißt, wie die Tageszeitung Express vom 14. Februar 1986 meldet?
40. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht der oben zitierten Zeitschrift, daß es Nachforschungen wie beim früheren Vier-Sterne-General Kießling nun nicht mehr geben kann, wenn ja, wie begründet sie das?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

41. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Was hindert die Bundesregierung am völligen Verbot von sogenannten Ärztemustern als Mittel der Marktstrategie von Firmen der pharmazeutischen Industrie?
42. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Forschungsergebnisse aus den USA bekannt (Sendung des WDR „Medizin-Magazin vom 20. Januar 1986“), denen zufolge Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern durch Stoffwechselstörungen auf Grund des Überangebots von Nahrungsphosphaten hervorgerufen werden (MzD, minimale zerebrale Dysfunktion), wenn ja, welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung im Lebensmittelrecht zu ziehen?

43. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, Forschungen auf diesem Gebiet zu fördern, um die Verbraucher vor einem Überangebot von Nahrungsphosphaten zu schützen und gegebenenfalls durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zu warnen?
44. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
- Trifft es zu, daß Steuerpflichtige, deren Kinder nur für einen einzigen Tag (31. Dezember) des Kalenderjahres die kindergeldrechtlichen Voraussetzungen erfüllen, den Kinderfreibetrag des Einkommensteuergesetzes voll nutzen können, während Eltern, die als Ausgleich den Kindergeldzuschlag erhalten, in diesem Fall nur für einen Monat Anspruch auf den Kindergeldzuschlag haben, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung die darin zum Ausdruck kommende Diskriminierung der „Kindergeldzuschlagsfamilien“?
45. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
- Welche Familiengruppen/Einkommensgruppen sind die Hauptbetroffenen dieser Diskriminierung?
46. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die mit dem Text „Der LV Hessen hat, um zukünftig bei besonderen Geburtstagen oder ähnlichen Anlässen von Mitgliedern etwa einheitlich zu verfahren, selbstklebende Etiketten für Weinflaschen anfertigen lassen. Sie sollten, versehen mit dem Jahrgang und dem Namen des Mitgliedes, nach Entfernen des Originaletikettes auf eine vom jeweiligen Ortsverband beschaffte Flasche Wein aufgeklebt werden und so als BGV-Geschenk dienen. Damit wird sichergestellt, daß mit einem preiswerten aber ansprechenden Geschenk die Mitglieder gleichermaßen zu einem persönlichen Anlaß bedacht werden können und trotzdem die Kasse des OV geschont wird. Ich bitte, ab sofort so zu verfahren.“ vorgesehene Etikettierung von Weinpräsenten durch einen Verband mit dem geltenden Weinrecht vereinbar ist, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem vorliegenden Vorgang?
47. Abgeordneter
Werner (Dierstorf)
(DIE GRÜNEN)
- Wieso haben Bundesregierung und zuständige Behörden nicht sofort Maßnahmen zur sofortigen Schlachtung der Tausende mit verbotenen Hormonen behandelten Mastkälber und deren Verwertung zu Nichtnahrungszwecken ergriffen, anstelle sie zwar zu beschlagnahmen, dabei aber durch eine Freigaberegulung für eine Verwendung der beanstandeten Tiere zu Zuchtzwecken (was durch die vorherige Selektion zur Mast unlogisch ist) die Möglichkeit schafft, durch Betrug bei der Deklaration Fleisch von beschlagnahmten Tieren in den Verkehr zu bringen, wie es letzte Woche bekannt wurde?

48. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Weshalb wurden Asylanten bzw. Asylbewerber nicht zu sinnvoller Arbeit herangezogen, die der Allgemeinheit dienen könnte und der Menschenwürde der Betroffenen eher entspricht als quälendes Nichtstun?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

49. Abgeordneter
Klose
(SPD)
- Weiß die Bundesregierung von Plänen der Deutschen Bundesbahn, mit ihrer Tochtergesellschaft Transfracht sowie den belgischen und niederländischen Eisenbahnen, eine Gesellschaft zur Abwicklung des deutschen Containerverkehrs über die Häfen Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam zu gründen?
50. Abgeordneter
Klose
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung diese Pläne im Hinblick auf die ohnehin durch Wettbewerbsverzerrung benachteiligten deutschen Nordseehäfen, vor allem Bremen/Bremerhaven und Hamburg?
51. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, bei Eisenbahnzügen – insbesondere im Nahverkehr – die Abteile der 1. Klasse generell für Schwerstbehinderte mit Fahrausweisen für die 2. Klasse zu öffnen, um diesem Personenkreis den auf Grund ihrer Behinderung erforderlichen Sitzplatz zu sichern?
52. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Ist die Bundesregierung angesichts des Unfalls eines elfjährigen Jungen am 15. Februar 1986 in Essen der Ansicht, daß die Stromführungsanlagen der Deutschen Bundesbahn ausreichend gegen spielende Kinder gesichert sind, und welche Unfälle ähnlicher Art haben sich in der Vergangenheit ereignet?
53. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)
- Lagen der Bundesregierung während der Aufstellung oder bis zum Abschluß der Ausschlußberatungen zum Bundesfernstraßenplan 1985 die für die Landesregierung Niedersachsen zur A 26(B 73) gefertigten Gutachten bzw. gutachtlichen Stellungnahmen vollständig vor, insbesondere eine Variantenuntersuchung?
54. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)
- Gab es zur Aufstellung bzw. zur Ausschlußberatung zur A 26 (B 73) einen Schnellbrief der niedersächsischen Landesregierung anstelle von Gutachten bzw. gutachterlichen Stellungnahmen, und inwieweit wich dessen (oder bei mehreren Briefen) deren Inhalt von jenen ab?
55. Abgeordneter
Pöppel
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das mit der Nutzung von Kraftträdern verknüpfte Unfallrisiko, insbesondere bei Jugendlichen, außerordentlich und überproportional hoch ist und daß relativ instabile, dem Fahrer keinen

Schutz gewährende, schwierig zu beherrschende und für andere Verkehrsteilnehmer schwer erkenn- und berechenbare Verkehrsmittel Motorrad besonders hohe Anforderungen an das physische und psychische Leistungsvermögen der Fahranfänger stellt, und ist es richtig, daß zudem die Nutzer dieses Verkehrsmittels überwiegend junge Menschen sind, die sich oft noch in einem Reifungsprozeß befinden und deren Neigung zum Erprobungsverhalten erst mit der sich langsam entwickelnden emotionalen Stabilität der Persönlichkeit abgebaut wird?

56. Abgeordneter
Pöpl
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung es als ein zweckdienliches Mittel der Verkehrssicherheit in diesem Bereich an, in absehbarer Zeit für Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr die Benutzung von Personen-Kleinkraftwagen mit Geschwindigkeits- und Leistungsbegrenzung zu erlauben, und sieht sie es als richtig an, daß für jugendliche Fahranfänger der Wegfall der Instabilität des Kraftfahrzeugs eine wesentliche Hilfe bei der Einführung dieses Personenkreises in den motorisierten Straßenverkehr bringen würde?

57. Abgeordneter
Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)

Wie erklärt sich die Bundesregierung die Diskrepanz zwischen der Antwort auf meine parlamentarische Anfrage vom 28. Januar 1986, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß es keine konkreten Streckenstillegungspläne der Deutschen Bundesbahn (DB) für die Strecke Neustadt/Weinstraße—Floß gibt und der Aussage des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr, Jaumann, vom Mittwoch, den 12. März 1986 gegenüber der CSU-Landtagsfraktion in München, daß die Strecke Neustadt/Weinstraße—Floß zu den Linien gehöre, auf denen die DB den Personennahverkehr einstellen will, und wie sieht die Zukunft der Strecke Neustadt/Weinstraße—Floß nun wirklich aus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

58. Abgeordneter
Paterna
(SPD)

Zu welchem Zweck betreibt APF (AKTUELL Presse-Fernsehen GmbH & Co. KG) am Mexikoring in Hamburg neuerdings eine Satellitenempfangs- und -sendeanlage, und auf welcher Rechtsgrundlage beruht dieser Betrieb?

59. Abgeordneter
Paterna
(SPD)

Inwieweit wird durch den Betrieb dieser Fernmeldeanlage die „Vereinbarung über Technische Leistungen der Deutschen Bundespost bei Ton- und Fernsehübertragungen zwischen der AKTUELL Presse-Fernsehen GmbH & Co. KG und der Deutschen Bundespost“ bezüglich der laufenden monatlichen Entgelte und bezüglich der ab 1. Januar 1987 vereinbarten Abrechnungsmodalitäten berührt?

60. Abgeordneter
Liedtke
(SPD)
- Wie werden Lohn- und Gehaltskürzungen auf Grund einer Teilnahme an Warnstreiks, Demonstrationen gegen die Änderung des § 116 AFG etc. bei der Deutsche Bundespost EDV-mäßig bearbeitet, und erlauben die verwendeten Schlüssel eine Differenzierung nach Fallgruppen?
61. Abgeordneter
Liedtke
(SPD)
- Welche Vorschriften und technischen Vorkehrungen bezüglich Löschung, Nichtweitergabe an andere Dienststellen etc. gibt es bei der Deutschen Bundespost, und wie beurteilt die Bundesregierung dieses Verfahren unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten?
62. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Wie wirkt sich die zunehmende Automatisierung bei der Deutschen Bundespost im besonderen auf Arbeitsplätze aus, auf denen schwerbehinderte Arbeitnehmer bislang beschäftigt werden konnten (im besonderen Rundfunk-, Renten- und Zeitungsstellen)?
63. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Gibt es zumutbare ausreichende Umsetzungsmöglichkeiten für schwerbehinderte, mindereinsatzfähige Arbeitnehmer/innen, bzw. welche Maßnahmen zur Vermeidung wirtschaftlicher und sozialer Härten für Schwerbehinderte, die sich aus den Rationalisierungsmaßnahmen ergeben, sieht die Verwaltung der Deutschen Bundespost vor?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

64. Abgeordneter
Werner
(Westerland)
(DIE GRÜNEN)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß die von ihr dem Land Berlin gewährten Finanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau nicht zur Finanzierung überteuerter Sozialwohnungen (vgl. „Sozialwohnungen zum Preis von Villen im Grunewald“ in Frankfurter Rundschau vom 12. Februar 1986) verwendet werden?
65. Abgeordneter
Werner
(Westerland)
(DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang wurde der Bund in den vergangenen zehn Jahren von den einzelnen Bundesländern bei Ausfällen von Bürgschaften für den Wohnungsbau in Form von Rückbürgschaften in Anspruch genommen?
66. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Welche Maßnahmen sind 1985 an Gebäuden in Bundesbesitz durchgeführt worden, um zur Energieeinsparung bei der Heizung und zur Verringerung der Umweltbelastung beizutragen?
67. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Um wieviel Prozent sind durch diese Maßnahmen die Emissionen vermindert worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

68. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wann damit zu rechnen ist, daß das Projekt „Monopteros“ in Bremerhaven weitergeführt wird?
69. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Wie ist der Stand der Verhandlungen zum Abschluß des neuen Risikobeteiligungsvertrages bezüglich des SNR 300, und treffen Pressemeldungen zu, wonach der Bundesminister für Forschung und Technologie, Dr. Riesenhuber, gegen eine Aufstockung der Risikobeteiligung von 150 Millionen DM auf 500 Millionen DM offenbar keine Einwände mehr hat?
70. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Geht die Bundesregierung davon aus, daß bei einer Verfügbarkeit des SNR 300 von 60 v. H. die Beteiligungssumme von 500 Millionen DM ausreicht, um die Betriebskosten zu decken, und besteht auf seiten der Bundesregierung die Absicht, die Risikobeteiligung gegebenenfalls weiter zu erhöhen?
71. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) Wieviel an öffentlichen Mitteln sind in der Bundesrepublik Deutschland und in der EG zur Erforschung und Erprobung der Kohleverflüssigung und Kohlevergasung aufgewendet worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

72. Abgeordneter
Verheugen
(SPD) Kann die Bundesregierung den Bericht der süd-afrikanischen Zeitschrift „Financial Mail“ vom 18. Oktober 1985 bestätigen, wonach in der Republik Südafrika zwischen 1,3 Millionen und 1,8 Millionen Weiße die Staatsangehörigkeit eines EG-Mitgliedstaates besitzen, davon 100 000 die deutsche Staatsangehörigkeit?
73. Abgeordneter
Verheugen
(SPD) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse, in welchem Umfang deutsche Staatsangehörige in Südafrika der Wehrpflicht unterliegen und den Wehrdienst ableisten?
74. Abgeordnete
Frau Dr. Hamm-Brücher
(FDP) Gibt es Erkenntnisse, daß – entgegen der Zusage von Staatspräsident Botha – in Südafrika weiter Zwangsumsiedlungen gegen den Willen der schwarzen Bevölkerung in „Homelands“ durchgeführt werden?

75. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hamm-Brücher**
(FDP)
- Trifft es zu, daß die Gemeinde Machakaneng, die sich wiederholt und einstimmig gegen die Zwangsumsiedlung nach Bophuthatswanathat ausgesprochen hat, nun doch entgegen der Zusage von Staatspräsident Botha zwangsumgesiedelt wird?
76. Abgeordnete
**Frau
Borgmann**
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung inzwischen ein neues Kulturabkommen mit Südafrika ausgehandelt, oder wird nach Ablauf der Kündigungsfrist des alten Abkommens am 17. März 1986 ein vertragsloser Zustand eintreten?
77. Abgeordnete
**Frau
Borgmann**
(DIE GRÜNEN)
- Wie kann die Bundesregierung vor der internationalen und bundesdeutschen Öffentlichkeit ihren Wunsch rechtfertigen, gerade jetzt mit dem Apartheid-Staat ein neues Kulturabkommen auszuhandeln, wo die Unterdrückung der schwarzen Mehrheit in Südafrika ein bisher nicht bekanntes Maß angenommen hat?
78. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)
- Wie verhält sich die Bundesregierung angesichts der seit Januar 1986 zunehmenden Attacken der srilankischen Sicherheitskräfte, bei denen unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung seit dieser Zeit Informationen des Südasien-Büros zufolge mehrere hundert tamilische Zivilisten ums Leben kamen?
79. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)
- Verfügt die Bundesregierung über Informationen eines angeblich von srilankischen Regierungstruppen begangenen Massakers im Gebiet des Luhugala-Nationalparks am 19. Februar 1986, bei denen nach Informationen des Südasien-Büros 68 tamilische Bauern auf brutalste Weise ermordet wurden sowie über Informationen, über die seit Anfang 1986 fast täglich stattfindenden Luftangriffe auf tamilische Gebiete des Nordens von Sri Lanka?
80. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Bonn)
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung in Washington vorstellig geworden ist, um die amerikanische Antwort auf die Abrüstungsvorschläge von Generalsekretär Gorbatschow mit Bedingungen über den Abbau der sowjetischen Mittelstreckenraketen im asiatischen Teil der Sowjetunion zu verknüpfen, und trifft es ferner zu, daß es die Bundesregierung versäumt hat, ihrerseits auf den Abzug der seit 1983 zusätzlich in der DDR und der CSSR aufgestellten sowjetischen Raketen kürzerer Reichweite zu drängen, obwohl sowohl der sowjetische Außenminister wie der Staatsratsvorsitzende der DDR, Honecker, in Interviews eine Rücknahme auch dieser Raketen aus der Bundesrepublik Deutschland in Aussicht gestellt haben?

81. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Bonn)
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung mit dem Argument, man wolle für die Bundesrepublik Deutschland keine an Besatzungsrecht erinnernden Regelungen schaffen, eine Einigung über eine angemessene Verifikation der Warschauer-Pakt- wie der NATO-Streitkräfte bei den Wiener MBFR-Verhandlungen erschwert?
82. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß eine große Zahl von Fernlastkraftfahrern, darunter zahlreiche Deutsche, mit ihren Kraftfahrzeugen in Griechenland festgehalten und von streikenden Transportarbeitern bedroht und teilweise angegriffen worden sind, und wie beurteilt die Bundesregierung bejahendenfalls diese Vorgänge in einem dem Europarat und der EG angehörenden europäischen Staat?
83. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen und wird sie noch ergreifen, um dafür zu sorgen, daß die deutschen Fernfahrer, die in Griechenland mit ihren Lastzügen festgehalten werden, ihre Aufträge ordnungsgemäß erfüllen und ungefährdet in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehren können?
84. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung darüber vor, daß die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der Volksrepublik Polen „nur teilweise umgesetzt worden sind“?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

85. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Welche Gründe hindern die Bundesregierung, bleihaltiges Normalbenzin zu verbieten und dadurch einen zusätzlichen Schub für Anschaffung und Umrüstung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge auszulösen?
86. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, einen wirksamen Beitrag zur Reinhaltung der Luft durch Reduzierung der Emissionen aus Heizungsanlagen außerhalb des Wohnhausbereiches (beispielsweise größere Behörden, Krankenhäuser, gewerbliche Betriebe) durch Anreize zu erzielen?
87. Abgeordneter
Gilges
(SPD)
- Haben nach Erkenntnissen der Bundesregierung auch Mitglieder oder Sympathisanten rechtsextremistischer Organisationen oder Gruppen an paramilitärischen Ausbildungen der jetzt bekanntgewordenen Vereinigung „Bund Deutscher Legionäre“ teilgenommen?

- | | |
|--|--|
| 88. Abgeordneter
Gilges
(SPD) | Kann die Bundesregierung bestätigen, daß auch der Wehrüberwachung unterstehende Reservisten an den paramilitärischen Übungen der Vereinigung „Bund Deutscher Legionäre“ teilgenommen haben und einzelne Übungen auf Bundeswehrschießplätzen stattfanden? |
| 89. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) | Trifft es zu, daß die Bundesregierung gemeinsam mit der schleswig-holsteinischen Landesregierung Pläne verfolgt, für die Mülltransporte zur DDR-Deponie Schönberg einen weiteren Grenzübergang in Wietingsbek im Kreis Herzogtum Lauenburg zu eröffnen? |
| 90. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) | Ist die Anregung zu entsprechenden Plänen vom Land Schleswig-Holstein ausgegangen? |

Bonn, den 14. März 1986